

Berlin, den 20. Februar 2002

Mitteilung für die Presse

**Rede des SPD-Parteivorsitzenden,
Bundeskanzler Gerhard Schröder
anlässlich des Kongresses: Die Mitte in Deutschland
am 20.02.2002 in Berlin**

Sperrfrist: Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort.

Pressestelle
SPD-Parteivorstand
Kampa02, Oranienburgerstr. 67/68, 10117 Berlin
Telefon (030) 280 90-300, Fax (030) 280 90-507

Herausgeber: Franz Müntefering
Redaktion: Lars Kühn

e-mail: pressestelle@spd.de
Internet: <http://www.spd.de>

Meine Damen und Herren!

Ich will mit einer persönlichen Bemerkung beginnen:

Ich bin keiner von denen, die in die „Mitte“ hinein geboren wurden.

Für Menschen wie mich, die nach dem Krieg in „kleinen“, manchmal auch ärmlichen Verhältnissen aufwuchsen, galt es als ausgemacht, dass man da zu bleiben hatte: am unteren Ende, vielleicht sogar am Rande der Gesellschaft.

Die „Mitte“, die ja zuallererst eine soziale Kategorie ist - die war uns versperrt.

Ein Platz in der Mitte der Gesellschaft ließ sich nur mit enormer eigener Anstrengung erreichen. Durch Leistung, und vor allem: über Bildung.

Deshalb bin ich als junger Mann in die SPD eingetreten: Weil die Sozialdemokratie versprach - und später an der Regierung auch einlöste -, denen, die das nicht von Haus aus mitbekommen hatten, die notwendigen Chancen einzuräumen.

Für unsere Partei sollte die „Mitte“ der Gesellschaft nicht länger durch Herkunft bestimmt sein - sondern durch Leistung und Gemeinsinn. Da sind wir angekommen. Politisch gesehen, war die SPD immer eine Partei der Mitte: Sie hat sich, in der Weimarer Republik, dem Extremismus der Kommunisten ebenso verweigert, wie sie Widerstand gegen die Nationalsozialisten geleistet hat.

Der Sozialdemokrat Otto Wels wurde als letzter Mann der Mitte im Reichstag des Ermächtigungsgesetzes von den Nazis verhaftet.

Spätestens seit damals wissen wir: Wer die Mitte durcheinander wirbelt, erlebt schlimmste Tragödien.

Instabilität in der Mitte der Gesellschaft - das heißt: soziale Verunsicherung, politische Perspektivlosigkeit oder persönliche Zukunftsangst - führt geradewegs in die Katastrophe. Mit dem Godesberger Programm hat sich die SPD an die Spitze des Projekts der Sozialen Marktwirtschaft gesetzt.

Das gesellschaftliche Bündnis, das diese soziale Marktwirtschaft getragen hat - das Bündnis aus Arbeiterschaft und aufgeklärtem Bürgertum - hat in der Sozialdemokratie seine politische Heimat gefunden.

Aber die Mitte ist ja nichts Statisches: Sie nimmt ihre Kraft nicht aus Statussymbolen oder den Wahrheiten von gestern. Sondern aus den vielen Millionen Menschen, die Tag für Tag in den Betrieben und Büros, im Mittelstand und im Management, in Kindergarten, Schule und Universität ihre Kreativität und ihr Engagement einbringen.

Sie nutzt diese Kraft, um die Gesellschaft weiterzubringen. Die politische Mitte ist der entscheidende Motor der gesellschaftlichen Modernisierung. Sie ist offen für alle, die teilhaben sollen und teilhaben wollen.

Von der Mitte aus wird die Gesellschaft politisch geführt. Wohlgedenkt: geführt. Nicht zurückgezerrt oder verwaltet.

Wenn man sich so anschaut, wer heute die „Mitte“ ausmacht - übrigens nicht nur bei uns, sondern auch in vielen anderen Ländern Europas -, dann stellen wir fest, dass da ein beachtlicher Wandel stattgefunden hat.

Das war natürlich auch ein Generationswechsel: Die heutige Mitte hat ihren Weg in die soziale und politische Verantwortung nicht durch „Anpassung“ an ein Juste-Milieu gemacht. Sondern oftmals durch Aufbegehren gegen Autoritäten.

Diejenigen, die heute Verantwortung ernst nehmen, sind nicht dort angekommen, weil sie alles immer schon so gemacht haben wie ihre Väter, Vorväter und manchmal auch Ziehväter. Sondern weil sie sich auf gesellschaftliche Wirklichkeit eingelassen haben - um diese Wirklichkeit zu verbessern.

„Mitte“ ist immer auch das Lebensgefühl einer Gesellschaft.

Franz Josef Strauß und die anderen mögen sich in den 60er Jahren sogar noch als Sprecher einer diffusen „Mitte“ empfunden haben, wenn sie Willy Brandt als „Verräter“ beschimpften. Oder wenn sie Schriftsteller mit Schmeißfliegen verglichen.

Wir, die wir heute die Mitte stellen - und sie politisch zu führen haben -, handeln aus einem ganz anderen Erfahrungshorizont:

Wir haben gelernt, dass man auch gegen gesellschaftliche Widerstände etwas schaffen kann. Und dass man deshalb allen die Chance geben muss, ihre Ideen und ihre Fähigkeiten zu entwickeln.

Nachhaltigkeit und politische Kultur sind Schlüsselbegriffe unserer Politik der Mitte.

Was meinen wir mit Nachhaltigkeit?

Das ist kein Begriff, den man auf ökologische Fragestellungen reduzieren darf. Um Nachhaltigkeit geht es bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Die gewaltige Verschuldung, die wir 1998 übernommen haben, war eine unverantwortliche Hypothek für unsere Kinder und Enkel. Wir haben begonnen, den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen. Dadurch machen wir die Politik wieder handlungsfähig.

Um Nachhaltigkeit geht es in unserer Steuerpolitik.

Arbeitnehmer und Wirtschaft profitieren von der größten Steuerentlastung in der Geschichte unseres Landes.

Im nächsten Jahr tritt die nächste Stufe der Steuerreform in Kraft.

Bürger und Unternehmen wissen, was die Zukunft bringt. Das schafft Sicherheit und Klarheit. Unsere Politik sorgt für ein sinnvolles Verhältnis zwischen privaten Möglichkeiten und staatlichen Notwendigkeiten.

Um Nachhaltigkeit geht es auch bei der Rentenreform.

Wir haben das Verhältnis zwischen den Generationen auf ein sicheres Fundament gestellt. Wir haben die Rente so reformiert, dass sie für die Älteren sicher und für die Jüngeren bezahlbar bleibt.

Um Nachhaltigkeit geht es natürlich auch bei ökologischen Zukunftsthemen.

Deshalb haben wir den Einstieg in eine umweltverträgliche Energieversorgung vollzogen. Deshalb haben wir den Verbraucherschutz in der Landwirtschaftspolitik nachhaltig gestärkt.

Und worum, meine Damen und Herren, geht es bei einer politischen Kultur der Mitte?

Ich meine, vor allem um eines: um Offenheit. Offenheit nach außen, Offenheit für Innovation, für neue Ideen, neue Entwürfe und andere Kulturen.

Aber auch Offenheit nach innen: um den politischen Willen, dass Grenzen und Barrieren, ob sozial oder ideologisch, überwunden werden können - und eben manchmal auch überwunden werden müssen. Eine solche Kultur der Offenheit ist überhaupt erst Voraussetzung für das, was die Stärke unserer Gesellschaft ausmacht: nämlich die Teilhabe der Menschen. Und zwar Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg und Teilhabe an den Entscheidungen in unserer Gesellschaft.

Die politische Kultur der Offenheit und Toleranz hat uns gelehrt, dass nicht ethnische Herkunft oder sexuelle Orientierung eines Menschen zählt - sondern sein Engagement und seine Begabungen.

Deswegen haben wir ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht gemacht und die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften durchgesetzt.

Und deswegen werden wir auch ein modernes Zuwanderungsrecht beschließen, mit dem wir Zuwanderung nach Deutschland steuern, aber gleichzeitig den Bedarf unserer Wirtschaft an qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland decken.

Nach unserem Verständnis von Kultur und Offenheit sind Freiheit und Sicherheit kein Gegensatz.

Wir verstehen Sicherheit als Bürgerrecht. Und daher sprechen wir von Sicherheit nicht nur in Begriffen von Polizei, Militär und Krisenprävention.

Aber „Sicherheit“ hat für die überwältigende Mehrheit unserer Bevölkerung auch mit Planbarkeit zu tun, mit Chancen-Sicherheit und mit der Gewissheit, das Leben für uns und unsere Kinder gestalten zu können.

Die allermeisten Menschen in unserem Land wollen ihre Begabungen und Fähigkeiten in einem sinnvollen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhang zur Geltung bringen. Sie wollen im Beruf erfolgreich sein und im Leben vorankommen. Sie sind bereit zu Leistung und mehr Eigenverantwortung. Dafür erwarten sie eine Politik des sozialen Ausgleichs und der Chancengerechtigkeit, durch die allein der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gesichert werden kann.

Meine Damen und Herren,

Bildung ist das zentrale Thema der Zukunft in jeder modernen Gesellschaft. Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft jedes Einzelnen.

Bildung ist die neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Sie ist nicht nur ein Gebot der Chancengerechtigkeit, sondern buchstäblich eine Überlebensfrage. Das hat zum einen damit zu tun, dass die Staaten und Kulturen der Welt näher aneinander gerückt sind.

Wenn wir wollen, dass sie auch näher zusammen rücken, dass aus der Vernetzung und Globalisierung nicht neue, gefährliche Konflikte entstehen - dann müssen wir mehr voneinander wissen.

Eine oder mehrere Fremdsprachen zu sprechen, Grundkenntnisse über andere Kulturen zu haben - das ist heute nicht nur entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch für die Chancen einer friedlichen Entwicklung in der Welt.

Bildung und Wissen sind aber mehr: Sie sind die Grundlagen für neue Chancen unserer Volkswirtschaft, in Deutschland und Europa. Bereits heute entstehen mehr neue Jobs in den Branchen, die mit Information und Kommunikation zu tun haben, als im verarbeitenden Gewerbe.

Machen wir uns keine Illusionen: Der Weg in eine „Wissensgesellschaft“ ist angesichts der weltweiten Verfügbarkeit von Wissen und neuer Kommunikationsmöglichkeiten kein Schlagwort und auch nicht etwa eine Option unter vielen: Die Wissensgesellschaft bestimmt schon heute unser Leben.

Was es für diese Wissensgesellschaft vor allem braucht, sind Neugier und Ehrgeiz. Oder: Lernbegierigkeit und Lernmöglichkeit.

Und darum wollen wir mit unserer Politik eben jene Chancen organisieren, damit Neugier und Lernbereitschaft sich entfalten können. Aus der PISA-Studie hat ja inzwischen jeder so seine Lehren gezogen. Ich will das im einzelnen gar nicht bewerten. Die Ergebnisse waren, so oder so, für eine Gesellschaft wie die unsere blamabel.

Aus den Schlussfolgerungen, gerade im Vergleich zu anderen europäischen Gesellschaften, habe ich deutlich entnommen: Es ist nicht allein und gar nicht mal zuallererst eine Frage des Geldes, um die Bildung in Deutschland zu verbessern. Was wir vor allem brauchen, ist eine neue Kultur des Lernens, eine neue Bildungs- und Erziehungsverantwortung in unserem Land.

Unsere Kinder brauchen nicht nur Wissen, sondern wir müssen ihnen wieder stärker Werte wie Toleranz und Solidarität, aber auch Regeln vermitteln, die für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft unerlässlich sind.

Unsere Kinder brauchen Vorbilder, auch und gerade in der Familie. Denn Bildung findet nicht nur in den Schulen statt, sondern beginnt mit der Erziehung durch die Eltern. Die Eltern müssen sich wieder intensiver um die Entwicklung ihrer Kinder kümmern und die Arbeit in den Schulen unterstützen.

Wer nicht fordert, kann auch nicht fördern - diese Regel muss für Eltern und Lehrer gleichermaßen gelten. Und ein weiteres ist auffällig: Bei uns mangelt es ganz klar an einer frühen Förderung aller Begabungen in der Breite der Gesellschaft. Das heißt: Wir haben nicht so sehr ein Problem, dass wir vielleicht nicht genug für die Eliten machen.

Sondern wir haben ein Problem damit, dass das deutsche Bildungssystem bislang dabei versagt, alle Begabungen, alle Talente, alle intellektuellen Fähigkeiten zur Entfaltung zu bringen. Ich respektiere den Föderalismus und die Kulturhoheit der Länder.

Wenn die Verhältnisse in unserem Bildungswesen aber so sind, dass die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der gesamten Gesellschaft in Frage steht, dann geht es doch nicht um föderale Zuständigkeiten. Dann geht es allein um eine gesamtstaatliche Verantwortung.

Um die Leistungsbereitschaft und die Leistungsfähigkeit unserer Kinder zu fördern, muss das Angebot von Ganztagsbetreuung an den Schulen deutlich ausgeweitet werden.

Wir brauchen eine bessere Lehreraus- und Lehrerfortbildung, eine engere Zusammenarbeit der Schulen mit der lokalen Wirtschaft und vor allem eine bessere Ausstattung der Klassen. Die beste Bildung für alle sichern, die Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit jedes Einzelnen fördern und so für Erneuerung und Zusammenhalt unseres Landes sorgen, ohne ideologische Scheuklappen - das ist unsere Politik.

Meine Damen und Herren,

wer Menschen ausgrenzt, wer sie von der sozialen und politischen Teilhabe am Leben und an der Entscheidungen der Gesellschaft ausschließt, der zerstört die Mitte und macht die Ränder stark.

Deswegen schaffen wir mit unserer Politik den notwendigen Ausgleich zwischen den Bedürfnissen nach mehr Flexibilität in der Wirtschaft und den berechtigten Schutzinteressen der Arbeitnehmer.

Der weitere Abbau der immer noch viel zu hohen Arbeitslosigkeit ist für mich die mit Abstand wichtigste Aufgabe der Politik. Menschen in Arbeit zu bringen, sie für neue Arbeit zu qualifizieren, ist schon deshalb unsere Pflicht, weil Arbeit in aller Regel viel mehr bedeutet, als nur einen Job zu haben.

Wer Arbeit hat, verfügt über ein regelmäßiges Einkommen, das unabhängig macht.

Wer Arbeit hat, findet im Beruf soziale Anerkennung, kann seine persönlichen Fähigkeiten einbringen und weiter entwickeln.

Wer Arbeit hat, ist auch viel eher bereit, sich in der Zivilgesellschaft zu engagieren und sich aktiv für das Gemeinwohl einzusetzen.

Arbeit hat also auch sehr viel mit menschlicher Würde zu tun. Darum ist der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eben nicht bloß ökonomisch oder fiskalisch geboten.

Sondern weil es unserer Vorstellung einer humanen Gesellschaft entspricht, wenn alle, die arbeiten wollen, auch die Chance erhalten, wieder auf eigenen Füßen zu stehen und ihr Leben selbst zu meistern.

Was mich beschäftigt, sind die Fragen, wie wir die Arbeitslosigkeit verringern und weitere Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt erreichen können. Zunächst einmal: Im Januar 2002 hatten wir 500.000 Arbeitslose weniger als im Januar 1998. Und: In der Wahlperiode von 1994 bis 1998 ist die Arbeitslosigkeit trotz brummender Konjunktur in den Vereinigten Staaten bei uns noch um 700.000 gestiegen.

Seitdem wir die Regierungsverantwortung übernommen haben, ist sie dagegen um 400.000 gesunken. Das ist ein Erfolg, auch wenn mir das nicht im geringsten ausreicht.

Wir haben unsere nationalen Mittel und Möglichkeiten in der Steuer- und in der Haushaltspolitik eingesetzt, um Arbeitslosigkeit durch eine Integration der Menschen in dauerhafte Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu bekämpfen.

Unser Ansatz mit einer vernünftigen und verlässlichen Steuerpolitik, die Arbeitnehmer und Wirtschaft entlastet, und mit einer strikten Konsolidierungspolitik, die die öffentlichen Schulden reduziert und darüber Spielräume für Zinssenkungen eröffnet, ist und bleibt richtig.

Denn diese Politik sorgt für neue Beschäftigung: Von 1998 bis heute sind 1,2 Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze entstanden. Und zwar reguläre Arbeitsplätze, die sozial abgesichert sind.

Und es kann auch keinen Zweifel geben, dass wir für die Qualifizierung von jungen Menschen, für die Weiterbildung von Älteren und für die Verstetigung der aktiven Arbeitsmarktpolitik mehr getan haben als jede andere Regierung. Mehr als 350.000 junge Menschen haben wir durch unsere Programme in Arbeit und Qualifizierung gebracht. Wir haben ihnen konkret geholfen und wieder eine Perspektive gegeben.

An dieser Politik, den Menschen neue Chancen zu geben, damit sie ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen, werden wir festhalten. Denn auch der Erwerbsgesellschaft der Zukunft wird die Arbeit nicht ausgehen. Was sich geändert hat und weiter ändern wird, sind unsere Vorstellungen von Normalarbeit und Vollbeschäftigung.

Früher war es so, dass man einen Beruf erlernte, den man in der Regel dann auch ein Leben lang ausgeübt hat. Das hat sich in der modernen Arbeitswelt von Grund auf geändert. Der Einsatz von Informationstechnologien hat die klassische Form von Arbeit geradezu revolutioniert. Behaupten werden sich im Umgang mit neuen Technologien und Produktionsverfahren nur diejenigen, die bereit sind, ihre Fähigkeiten ständig weiter zu entwickeln.

Das dürfen wir von dem einzelnen aber nicht nur verlangen. Wir müssen in einer gemeinsamen Anstrengung - also Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften - dafür die Voraussetzungen schaffen.

„Fördern und fordern“ - dieses Prinzip beschreibt treffend unsere Politik der modernen Mitte.

Das Gegenmodell setzt auf Rezepte von gestern: Die Strukturprobleme des Arbeitsmarktes aber lassen sich nicht dadurch lösen, dass bloß der Kündigungsschutz abgebaut und Entlassungen erleichtert werden, dass Arbeitnehmerrechte einkassiert werden, aber sich niemand um den einzelnen kümmert.

Aus europäischen Vergleichsstudien wissen wir, dass der Schlüssel für den Abbau der Arbeitslosigkeit darin liegt, Arbeitslose so zu qualifizieren und zu befähigen, dass sie die vielen hunderttausend offenen Stellen tatsächlich ausfüllen können.

Genau diesen Weg haben wir mit dem Job-AQTIV-Gesetz beschritten. Dieses Gesetz ist seit Anfang des Jahres in Kraft. Jetzt kommt es darauf an, die vielfältigen Möglichkeiten für eine schnelle und erfolgreiche Eingliederung von Arbeitslosen umfassend zu nutzen. Die bisherige Struktur und das vorherrschende Selbstverständnis in der Bundesanstalt für Arbeit werden diesem Anspruch nicht gerecht.

Die Diskussion der vergangenen Tage um geschönte Vermittlungsergebnisse der Nürnberger Behörde haben deutlich gemacht: hier handelt es sich nicht um das Fehlverhalten einzelner Mitarbeiter. Hier haben wir es mit strukturellen Problemen zu tun.

Mit Strukturen, die zu langsam und nicht effektiv genug sind. Manchmal, so fürchte ich, auch mit einem Denken, das sich mit der Verwaltung von Arbeitslosigkeit zufrieden gibt. Das müssen und werden wir ändern.

Die Hauptaufgabe einer modernen Arbeitsmarktpolitik besteht in der schnellen Eingliederung von Arbeitslosen in neue Beschäftigung. Dafür brauchen wir in der Arbeitsvermittlung moderne Dienstleistungsunternehmen mit verantwortlichem Management. Vor allem brauchen wir echten Wettbewerb zwischen der Bundesanstalt und privaten Vermittlern.

Den erforderlichen Umbau der bisherigen Arbeitsverwaltung zu einer leistungsfähigen Arbeitsvermittlung und Arbeitsförderung werden wir umgehend einleiten.

Meine Damen und Herren,

Wirtschaft, Arbeitswelt, Gesellschaft und internationale Politik haben sich im Zeitalter der Globalisierung dramatisch verändert. Gerade unter den Bedingungen beschleunigten Wandels ist es entscheidend, die politische und gesellschaftliche Mitte in unserem Land zu stabilisieren und zu stärken.

Dazu braucht es eine gerechte Verteilung von Chancen. Dazu braucht es eine Politik, die Leistung honoriert, die Innovationsbereitschaft ermutigt und sozialen Ausgleich fördert. Unsere Politik ist nicht Ideologien oder Verbandsinteressen verpflichtet. Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch.

Die Arbeiter und Angestellten, die Denker und Forscher, die Kreativen und Mutigen, die sich selbständig machen. Die eine Firma gründen, die anderen Menschen Arbeit und Sicherheit geben und dafür ein hohes Maß an Verantwortung tragen.

Wer etwas leistet in diesem Land, der wird von uns nach Kräften unterstützt. Doch wir unterstützen eben auch diejenigen, die etwas leisten wollen, aber noch nicht können, weil sie nicht über die richtige Ausbildung verfügen oder der passende Arbeitsplatz fehlt.

Sozialdemokratische Politik ist deshalb immer auch eine Politik der sozialen Verantwortung. Eine Politik dagegen, die sich mit alten, längst überholten Rezepten aus der Verantwortung stiehlt, das ist keine Politik der Mitte.

Was unser Land braucht, ist eine Politik, die Balance hält. Die Innovation und Gerechtigkeit, die Eigenverantwortung und Solidarität, die Erneuerung und Zusammenhalt verbindet.

Wir Sozialdemokraten haben diese Balance wiederhergestellt.

Wir sind in den vergangenen drei Jahren ein gutes Stück vorangekommen auf dem Weg, den wir uns vorgenommen haben. Unser Land ist moderner, gerechter und weltoffener geworden. Und wir stehen zu unserer internationalen Verantwortung, zur neuen Rolle Deutschlands in der Welt.

Es ist schon wahr: Deutschland steht vor einer Richtungsentscheidung. Zukunft oder Vergangenheit – das ist die Alternative am 22. September.

Wachstum, Arbeit und Wohlstand kommen nicht von allein. Dafür braucht unser Land auch in Zukunft eine Politik der Innovation und Gerechtigkeit.

Wir Sozialdemokraten sind bereit, die Politik der Erneuerung unseres Landes und unserer Gesellschaft fortzusetzen.

Ich danke Ihnen.